

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1.50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quitt
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röhlstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 2900.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Nationaler und internationaler Arbeiterschutz

Schon in den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaftsweise machte sich die Notwendigkeit bemerkbar, die Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Ausbeutungsgier des Kapitals zu schützen und ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Das Kapital betrieb mit größter Rücksichtslosigkeit einen Raubbau an der Gesundheit der Arbeitskraft, der Leistungsfähigkeit und dem Lebensglück seiner Lohnsklaven. Es bestand die Befürchtung, daß das Proletariat dauernd und unrettbar in körperliches, geistiges und sittliches Elend versinken werde, wenn nicht Maßnahmen getroffen würden, um die Verelendung der Massen zu verhindern. So schlug denn der Gedanke einer zielstrebigen, tatkräftigen Sozialpolitik größten Umfangs immer mehr Wurzeln und überall, in dem einen Lande früher, in dem andern später, treten sozialpolitische Bestrebungen des Staates zutage. Man wollte mit Hilfe gesetzlicher Bestimmungen und Strafanordnungen die überlange Arbeitszeit verkürzen, die Arbeitsbedingungen in gesundheitlicher Beziehung verbessern und die Arbeiterschaft gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit sichern. Daß hierin in den letzten Jahrzehnten vieles, wenn auch noch längst nicht genug geleistet worden ist, kann nicht bestritten werden, doch darf dabei nicht übersehen werden, daß alle diese sozialpolitischen Maßnahmen gegen den heftigen, zähen Widerstand der Unternehmer durchgesetzt worden sind, die in der Sozialpolitik eine schädliche Belastung, wenn nicht gar den Ruin unseres Wirtschaftslebens erblickten.

Natürlich bewegte sich die Sozialpolitik zunächst in nationalem Rahmen, insofern, als jedes Land selbständig vorging. Allmählich gewann aber der Gedanke an Boden, daß der Arbeiterschutz international, das heißt, durch Vereinbarungen zwischen den einzelnen Ländern, betrieben werden müsse. Besonders die Arbeiterorganisationen erhoben diese Forderung und auch sozialempfindende bürgerliche Kreise stimmten ihr zu. Diese Internationalität der Sozialpolitik, die bereits lange vor dem Weltkriege zu einem allgemein anerkannten Grundsatz geworden war, darf auch in der künftigen Friedenszeit nicht aus dem Auge gelassen werden. Mit Recht haben die deutschen Gewerkschaften in ihrer bekannten Denkschrift die Notwendigkeit betont, beim Abschluß der Friedensverträge den Arbeiterschutz international zu regeln, und die Gesellschaft für soziale Reform hat sich auf dem gleichen Standpunkt gestellt. Neuerdings hat auch das Deutsche Komitee für internationale Sozialversicherung, deren Vorsitzender Graf Kosobowsh ist, dieselbe Forderung gestellt und sie folgendermaßen begründet: „Bei so starker Vorbelastung des deutschen Wirtschaftslebens wird dessen Wiederaufbau nach dem Kriege sich um so schwieriger gestalten, je größer der Abstand zwischen den sozialpolitischen Aufwendungen Deutschlands und denen des Auslandes im internationalen Wettbewerbe sich gestaltet. Dieser Abstand war schon vor Kriegsausbruch ein ganz erheblicher, da die anderen Staaten dem Vorgehen Deutschlands nur zögernd gefolgt und zumeist hinter dem deutschen Vorbilde weit zurückgeblieben waren. Hiernach liegt es ebenso sehr im Interesse des allgemeinen Kulturfortschritts wie im besonderen Interesse Deutschlands, rechtzeitige Vorbeuge dahin zu treffen, daß in der einschlägigen Gesetzgebung der verschiedenen Staaten tunlichst gleichwertiges und damit die Vorbedingung für ein Gegenseitigkeitsverhältnis geboten wird.“

Bemerkenswert ist die Stellung, die die deutsche Unternehmerpresse zu dieser Forderung einnimmt. Sie verhält sich nicht gerade ablehnend, meint aber, daß das Ausland sich auch nicht einlassen werde. Mit Zusicherungen allgemeiner Art sei hier nichts getan und bindige Abmachungen zu treffen sei völlig ausgeschlossen. Man könne doch unmöglich glauben, daß unsere bisherigen Feinde sich entschließen würden, sich die deutsche Sozialpolitik zum Muster zu nehmen und in ihrem vollen Umfange einzuführen, und zwar zu dem Zwecke, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte erleichtern zu helfen. Daran könne kein verständiger Mensch glauben, der wisse und beobachte, mit welchen Mitteln unsere Feinde den wirtschaftlichen Kampf während des Krieges gegen uns geführt haben und erst recht nach dem Kriege mit verdoppelter Kraft führen wollen. Man müsse deshalb in Deutschland erst einmal abwarten, was das Ausland auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes tatsächlich unternehmen werde. Daraus wird die Folgerung gezogen, daß Deutschland mit dem Ausbau und der Erweiterung der Sozialpolitik einseitigen Halt machen müsse. Es sei durchaus unrichtig, in der Uebergangszeit nach dem Kriege noch mehr Sozialpolitik als vorher betreiben zu wollen. Deutschland habe gerade genug geleistet und habe alle Veranlassung, nunmehr auch an „seine eigenen Interessen“ (das heißt an den Profit des Unternehmertums) zu denken. Wie es in der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sehr richtig heißt, daß umfangreiche Ausdehnungen und Neuerungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik auf absehbare Zeit zu vermeiden seien, weil unser Wirtschaftssystem diese Lasten einfach nicht zu tragen vermöge. Man dürfe eben keine Phantastiepolitik treiben, man müsse sich vielmehr auf das Erreichbare beschränken.

Der Standpunkt des Unternehmertums zur Weiterführung des Arbeiterschutzes birgt eine große Gefahr für die Arbeiterschaft in sich. In schlaue ausgeklügelte Weise will man die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik von dem abhängigen machen, was die anderen Länder tun. Erst wenn diese etwas wirklich Erhellendes leisten, will man auch bei uns in Deutschland den Karren weiter schieben, und da man voraussetzt — und auch wohl erhofft — daß dort nichts geschieht, will man auch hier bei uns die Sozialpolitik zum Stillstand bringen. Dagegen muß sich selbstverständlich die deutsche Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit wehren. Sie darf keinesfalls zugeben, daß der internationale Arbeiterschutz als nationalpolitische Tätigkeit. So wichtig und wünschenswert auch die Weiterführung und Förderung der internationalen Sozialpolitik ist, dürfen wir darüber doch nicht vergessen, daß unsere Sozialpolitik an und für sich eine unabweisbare Notwendigkeit ist.

Achtet auf die Zeichen der Zeit!

Aus verschiedenen Orten wird berichtet, daß in der Munitionsindustrie die Aufträge nachlassen. Ob es sich nur um Einzelercheinungen handelt, oder ob diese sich noch vermehren werden, kann man zurzeit natürlich nicht sagen. In Berlin haben aber schon Entlassungen stattgefunden, besonders von Arbeiterinnen. Soweit unter den Entlassenen bezugsberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich befinden, haben sie in der von diesem gewährten Erwerbslosenunterstützung eine wesentliche Hilfe während der Zeit der Verdienstlosigkeit. Vor allen Dingen ist aber zu beachten, daß viele Unternehmer jetzt mehr als je danach trachten werden, die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern und noch in anderer Weise die Arbeitslosigkeit zu verschlechtern.

Der Einzelne ist machtlos dagegen, der einzelne Kollege, die einzelne Kollegin ist in den meisten Fällen schutlos der Willkür des Unternehmers preisgegeben. Da ist es dem Unternehmer möglich, auch bei sinkenden Warenpreisen und geringerem Umsatz einen fetten Profit einzuheimsen, indem er sich an den Arbeitslöhnen schadlos hält. Solchen Bestrebungen kann nur

die Organisation der Arbeiter einen Damm entgegensetzen. Jetzt gilt es für die deutschen Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter, fest zusammenzustehen, sich selber und ihrem Verbands unverbrüchliche Treue zu halten. Auch für Dich, Kollege, und für Dich, Kollegin, die Ihr bis jetzt den Weg in den Deutschen Metallarbeiter-Verband noch nicht gefunden habt, jetzt ist es für Euch das Gebot der Stunde, sich unserem Verbands anzuschließen. Jetzt kann es kein Überlegen, kein Besinnen, keine Ausrede mehr geben. Jetzt heißt es für Euch nur noch: **Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!**

Wir gebrauchen nach dem Kriege noch viel mehr und viel dringender als vorher eine Ausspannung aller Kräfte zur Beförderung unseres Volkes. Der Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegen die schädlichen Einwirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise und ihre Sicherstellung gegen die Wechselfälle ihres Daseins, die Hebung der Volksgesundheit und die Stärkung aller Volkskräfte, die sorgsame Pflege der Mütter und Kinder zum Zwecke der Wiedererneuerung unseres sozialen Körpers, die sorgsame Schonung der noch vorhandenen Menschen und die Erzielung eines tüchtigen Nachwuchses, alle diese sozialpolitischen Aufgaben sind durch den Krieg nicht etwa zurückgedrängt, sie sind vielmehr erst recht in den Vordergrund gerückt worden. Und da sollte man den Willen zur Sozialpolitik hemmen, anstatt ihn aufzupeitschen und vorwärts zu treiben, weil vielleicht das Ausland geringere Geneigtheit bezeigt, seine Pflicht zu tun?

Wenn das deutsche Unternehmertum seine Gegnerschaft gegen eine Weiterführung unserer Sozialpolitik mit den hohen Kosten und der Furcht vor dem Wettbewerb des Auslandes begründet, so ist diese Begründung offenbar eine ganz irrtümliche. Die zweifellos entstehenden und durchaus nicht immer leicht aufzubringenden Kosten bedeuten lediglich einen Vorstoß auf künftige Leistungen, sie sind weiter nichts, als ein Kapital, das zur Verbesserung eines Betriebes aufgewendet wird, und später reiche Zinsen bringt. Wie ein Bald unter Aufwendung großer Kosten aufgeföhrt, wie ein Acker gut melioriert wird, so muß auch unser Volkstörper mit peinlicher Sorgfalt aufgeföhrt und mit neuem Blute erfüllt werden. Der Erfolg wird den Aufwand reichlich lohnen. Dabei haben wir die Konkurrenz der anderen Länder durchaus nicht zu fürchten. Ganz im Gegenteil. Eine gute Sozialpolitik macht ein Volk leistungsfähig und gibt ihm die Möglichkeit mit anderen Völkern auf dem Weltmarkte erfolgreich in Wettbewerb zu treten. Schon vor dem Kriege hat uns unsere Sozialpolitik wirtschaftlich in die Höhe gebracht und uns so gestärkt, daß wir siegreich in den internationalen Wettbewerb eintreten konnten, und nach dem Kriege wird uns eine zielstrebige Sozialpolitik diese Überlegenheit wiedergeben. Wehe unserm Volke, wenn es in seiner sozialpolitischen Entwicklung lässig wäre, die Folge davon wäre der Niedergang unseres wirtschaftlichen und damit auch unseres kulturellen Lebens.

Amerika im Kriege

Die Vereinigten Staaten sind als letzte Großmacht in den blutigen Reigen eingeschwenkt. Sie haben, wie Wilson jactantisch verkündet, den verhängnisvollen Schritt aus reiner Selbstlosigkeit gewagt, nur um der Welt die Freiheit, den Völkern die Demokratie zu verbürgen und Preußens Autokratie und Militarismus zu vernichten. Diesen Spruch hat die große Presse millionenfältig verbreitet und manche Völker sind gerne bereit, ihn zu glauben. Inzwischen ist es im Lande der Regenerniedrigung und der Finanzautokratie mit der Einseitigkeit in diesem Glauben schlecht bestellt. Von dem Mangel an Kriegsbegeisterung lieferten die geringen

Ergebnisse der Werbung um Kriegsfreiwillige einen deutlichen Beweis. Selbst in bürgerlichen Kreisen findet der Bedruf zum Krieg verzweifelt schwachen Wiederhall. Allein, im Grunde ist es bis jetzt doch nur die sozialistische Partei, die den Krieg mit seinem abstoßenden Drum und Dran rücksichtslos bekämpft. Dem aus dem Weissen Hause kommenden Strom von öligen Phrasen setzt sie die Forderung entgegen, daß wie die Wohltätigkeit, so auch der Krieg für Freiheit und Volksrechte, gegen Autokratie und Militarismus daheim in Amerika und nicht in Europa zu beginnen habe. Daß sie den Kampf nachdrücklich und erfolgreich führt, lassen die gegen sie getroffenen Gewaltmaßnahmen sowie die Unterdrückung ihrer Presse annehmen.*

Die friedensfreundlichen Kreise des Bürgertums schauen dem grausamen Spiel zwar unwillig, aber bis jetzt noch tatenlos zu. Ihre Untätigkeit wird nicht unbedeutend von der Furcht vor der gelben Gefahr bestimmt. Sie sehen in dem Rüstern gegen den preußischen Militarismus nur mehr einen unverdächtigen Vorwand zum Rüstern gegen Japan. Sie sind geneigt, in der Teilnahme an den Feindseligkeiten in Europa eine gute Gelegenheit zum Ausbau des eignen Militärsystems zu sehen, damit es gegen jede drohende Möglichkeit, ob sie Japan oder Mexiko oder schließlich gar England heiße, gewappnet ist. Die kriegstreibenden Mächte haben keinen Grund, diese Meinung zu zerstören. Im Gegenteil. Ihre Pläne gebieten, die Furcht vor Japan nachzuhaken und möglichst zu steigern. Diese Furcht nicht einschlafen zu lassen und sie gelegentlich unauffällig zu steigern, läßt sich die große Presse angelegen sein.

Beim Bürgertum eingebildete oder begründete Furcht vor Japan; bei der ungeschulten Volksmasse Haß gegen Autokratie und Militarismus in Preußen; bei Bauern und Händlerhoffnung auf Kriegsgewinn. Durch die geschickte Verbindung von Furcht, Haß und Hoffnung ist der Tragballen der Kriegspolitik geschaffen und die Erreichung ihrer Ziele in ziemlich hohem Grade gewährleistet.

Der Professor im Weissen Hause schützt seine Weltfremdheit davor, daß ihm der Glaube an seine schön klingenden Sprüche von der Uneigennützigkeit der Kriegsbeteiligung Amerikas gänzlich abgesprochen wird. Von welcher Beschaffenheit nun auch seine persönliche Ueberzeugung in dieser Sache sein mag, sie ist von geringer Bedeutung. Denn in Unternehmen von dieser Größe spricht die hohe Finanz das entscheidende Wort. Wie groß auch seine verbrieft Macht als Präsident ist, letzten Endes ist er doch nur die auf der Kampfe der großen Oeffentlichkeit stehende Marionette der Trusts, also von Mächten, die in allen möglichen Verdadht stehen, bloß nicht in dem der Uneigennützigkeit und Liebe zur Freiheit oder gar der Gegnerschaft zur Autokratie. Auf ihre Hartgesottenheit vermögen solche lustige Ideale wie sie Wilson preist, keinerlei Wirkung auszuüben. Stärkere Anreize, und zwar solche von künftiger Beschaffenheit sind nötig, sie zu bewegen.

Das amerikanische Kapital hat selbstverständlich nichts einzuwenden, wenn durch Verlängerung der Feindseligkeiten in Europa die hauptbeteiligten Staaten nachhaltig geschwächt werden, weil dadurch gefährliche wirtschaftliche und politische Wettbewerber schwach gemacht werden. Allein, wie hoch man auch diese Ermüdung einschätzen mag, eine ausschlaggebende Bedeutung kommt ihr nicht zu. In der Erinnerung der amerikanischen Kapitalistenklasse steht der Krieg als eine goldige Ernte sondergleichen. Sie erinnert sich, wie im amerikanischen Bürgerkrieg (1861/64) der Grundstoß zu einer Anzahl Milliardenvermögen gelegt wurde; wie Wanderbild dem Vaterland in Gefahr alle Holzlasten als erstklassige Kriegsschiffe aufhalsen, wie die seit Jahr und Tag beim Ulfenhandler lagernden Schießheisen der Militärbehörde als gute Gewehre zugeschoben, wie dem Staat wertlose Feigen, die der Trödler gerade noch angenommen hätte, als Soldatenkleidung geliefert werden konnten, und daß diese großen Schieber und Betrüger noch von der Kasse, in der Presse und Schulbüchern als große Patrioten gefeiert wurden. Wenn schon bei den beschränkten Verhältnissen der 1860er Jahre der Krieg eine dermaßen prächtige Gelegenheit zur Bereicherung war, wieviel prächtiger mußte sie jetzt durch den Weltkrieg mit seinen Millionenheeren und räumlicher wie zeitlicher Ausdehnung werden? Mit der Beendigung des Bürgerkrieges war für die „großen Patrioten“ auch die Möglichkeit, die öffentlichen Kassen zu plündern, so ziemlich dahin. Jetzt aber, wo dem Kriege die allgemeine Wehrpflicht folgen soll und die Bevölkerung durch die Ausmahlung der gelben Gefahr militärfremd gehalten werden kann, wird die Aussicht auf Geschäft und Gewinn eine dauernde. Der Goldhaufer, den der Bürgerkrieg in die kapitalistische Klasse zu bringen ermöglichte, nimmt sich neben dem Goldhaufer, den der Weltkrieg mit seinen Folgen verbürgt, aus, wie ein Maulwurfsbügel neben dem Monrblanc. In der Tat.

Ein millionenstarkes Heer soll von Grund auf und schnellstens ausgerüstet werden. Das heißt, Uebungsplätze und Kasernen werden sofort benötigt — Grundbesitzern und Bauunternehmern winkt ein glänzendes Geschäft; Pferde, Hafer und Heu müssen schleunigst geliefert werden — der Wandwirten blüht guter Verdienst; Schiffe, Kanonen, Gewehre, Säbel und Geschosse werden in riesigen Mengen verlangt — die Metallindustrie ist mit einformidlichen Aufträgen überhäuft; Kleidung, Eisen, Zelle werden millionenfältig bestellt — die Tuch- und Lederindustrie hat vollauf zu tun. Die Hohenpreise schnellen empor, die Industriewerke steigen gewaltig, kurz die Hochfinanz macht einen beispiellos großen Fischzug. Daß er nicht gescheitert oder vorzeitig beendet wird, dafür bürgt ihr Einfluß auf die Staatsverwaltung und besonders auch die Geneigtheit der amerikanischen Beamten für den „großen amerikanischen Handschlag“. Es kann heute schon mit völliger Sicherheit vorausgesetzt werden, daß lange bevor der Krieg zu Ende sein wird, Amerika seine Korruptionssälle haben wird, die alle seine früheren Verfallslassen lassen.

Durch Zuanpruchnahme von Rohstoffen, Fabriken und Arbeitskräften für den Heeresbedarf ist die Gütererzeugung für den Friedensbedarf allgemein eingeschränkt worden, sind die Vorräte an Verbrauchsgegenständen und Lebensmitteln geschwunden, ist eine unbedeutende

* Der amerikanischen Genjur sind 80 Zeitungen und Tagesblätter zum Opfer gefallen; davon waren 45 sozialistische. Schriftleitung d. M. Z.

Nachfrage nach ihnen, und dadurch eine starke Preissteigerung eingetreten, die die Volkswirtschaft mit ihrem Lohn und ihren Spargepfen zu begleichen hat.

Wiel eher und allgemeiner als in Europa trat in Amerika die Kriegsmittelwirtschaft zutage. Das Jahresende von 1917 brachte eine furchtbare Kohlennot, die der staatliche Kohlenverwalter Garfield durch rücksichtslose Maßnahmen zu beheben versuchte.

Um der leidenden Bevölkerung das Opferbringen nicht zu verleißen, sind Maßnahmen getroffen, die den Schein haben, die Kriegsgewinne zu beschränken.

Ihr selbst sollt entscheiden!

Dieses Thema kann kein Ende finden. Und warum nicht? Weil ein Teil der Kollegen nichts Besseres zu tun weiß, als sich an den Kundgebungen und Stellungnahmen der Gewerkschaftsanstalten zu reiben.

Eigentlich muß es doch berühren, wenn man liest, daß in Magdeburg folgender, einmütig angenommener Antrag notwendig ist: Die Vertrauensmännerprüfung weist die Verdächtigung im Mitgliedsblatt der sozialdemokratischen Partei entschieden zurück.

Kollegen, wachet dem Vorstand den Kopf, bis er Haare läßt. Aber, ihr selbst sollt entscheiden, ob man in den meisten Auslassungen nicht zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung über die Stränge gehauen hat!

Unser Verband in der 203. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 203. Kriegswoche ist in nachfolgender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Köstlin, Groß-Räbchen, Arzau, Götze, Schmalhuden, Borge, Wedel-Schulan und Oberlind.

Übersicht über die Zeit vom 16. bis zum 22. Juni 1918.

Table with 11 columns: Nr., Personalbestand, Mitglieder, etc. Rows 1-11 showing membership statistics.

Die Zahl der Mitglieder im Verband hat sich im Laufe der Woche gegenüber dem Stand am Sonntag den 10. Juni um 290 Personen erhöht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümern zu vermeiden und eine geordnete Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 14. Juli der 29. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Juni 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, Beiträge I, II, III, Beginn der Beitragserhöhung. Row: Ebingen, 5, 5, 5, 1. Juli.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ebing: Der Schlosser Emil Klingenhagen, geb. am 27. Oktober 1896 zu Welsert, eingetr. am 2. Dezember 1917 zu Ebing, Wuch-Nr. 2.681.663, wegen Betrug mit Beitragsmarken.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung.

Quittung

über die vom 1. bis 30. Juni 1918 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Large list of names and amounts from various locations: Von Nachen 1800 M., Altona 3000 M., Altenburg 4000 M., Annaberg 150 M., etc.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einfender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorliegende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anträge sofort an uns zu berichten.

Berichte

Metallarbeiter.

Der 24. Jahresgeneralversammlung am 24. Juni. Zu dem gemäß vorliegender Jahresrechnung über die Tätigkeit im Jahre 1917 gab der Bevollmächtigte Cohen die notwendigen mündlichen Erläuterungen.

wäre äußerst lehrreich, wenn der Fall einmal so bezeichnet würde, daß man seine Wichtigkeit nachprüfen könne und erfahren, wo ein Mann 980 M. wöchentlich verdient. Aber auch die Behauptung, daß Wochenlöhne von 200 M. keine Seltenheit seien, könne nicht stimmen.

Gesundheitszustand im Jahre 1917 wesentlich gegenüber dem Jahre 1916 gesunken ist. Vergewagt man sich weiter, daß die weiblichen Mitglieder einen verhältnismäßig hohen Durchschnittsgrad der Krankheitszahl betragen, dann kann man sich daraus ein Bild machen, wie wenig geeignet manche der Arbeiter in der Metallindustrie für den weiblichen Körper sind, und wie sehr berechtigt es war und heute noch ist, wenn wir fordern, daß auf schnellstem Wege die Schutzbestimmungen in Kraft treten. — Nach der Zusammenstellung der Versammlungstätigkeit haben im Berichtsjahr im Bereich der Verwaltungsjahre Berlin 15 274 Versammlungen, Konferenzen und Besprechungen stattgefunden. — Zur Frage der Vereinbarung, die Ende Januar zwischen Regierung, Unternehmer und Arbeitervertretern getroffen wurde, betreffend die Entschädigung für den Fall einer Betriebsstörung infolge Kohlenmangels, teilt Cohen mit, daß die Vereinbarung zunächst für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1918 getroffen war. Eine spätere Konferenz im Reichswirtschaftsrat, die die Frage der Verlängerung dieser Vereinbarung bis zum 30. September 1918 behandeln sollte, konnte ihre Aufgabe nicht erfüllen, da zwar Regierung und Arbeitervertreter, nicht aber die Unternehmervertreter mit der Verlängerung in der alten Form einverstanden waren. Die Unternehmervertreter erhoben den Einwand, daß sie nicht bevollmächtigt seien und erst mit den übrigen Unternehmern oder ihrer Organisation Rücksprache nehmen müßten. Auch erklärten sie, daß, weil die Behörden nach der Vorwissenheit bei Daimler die Kalkulationen der Unternehmer wesentlich einschränken, für Ausgaben, wie sie in der Vereinbarung über den Kohlenmangel vorgesehen sind, kein Raum bei den Unternehmerverdiensten sei, so daß da schon in anderer Weise eine Vereinbarung getroffen werden müßte. Sie erklärten sich aber bereit, binnen kurzem die Stellung der übrigen Unternehmer zu erkunden und dann dem Reichswirtschaftsrat Mitteilung zu machen. Seitdem ist eine Reihe von Wochen verstrichen, aber irgend welche Nachricht darüber, ob schon etwas geschehen, ist uns nicht geworden. Es sei deshalb notwendig, daß die Arbeiter bei Betriebsstörungen sofort ihre Ansprüche geltend machen, und, falls man ihnen für die Zeit der Betriebsstörung keine Entschädigung in bestimmter Form zuzugestehen kann, die Forderung der Arbeiter beizugehen dann natürlich den vollen Lohn. Falls eine Verständigung nicht gelingt, sei es notwendig, die Organisationsleitung sofort zu verständigen. — Zum Schluß schilderte Cohen die gegenwärtige Lage und bemerkte, es sei in letzter Zeit ein Nachlassen der Aufträge zu bemerken. Die Folge davon sei, wie jetzt schon zu bemerken, die zahlreiche Entlassung besonders von Arbeiterinnen. Heute schon sind in der Berliner Munitionsindustrie ungefähr 30 000 Personen weniger beschäftigt als vor einigen Monaten. Worauf das zurückzuführen ist, sei noch nicht vollständig klar, es sei möglich, daß man große Reserven an Arbeitsbedarf aufgestapelt habe, möglich sei aber auch, daß die Aufträge nicht mehr im früheren Maße an Berliner Betriebe vergeben werden, sondern mehr an Betriebe außerhalb Berlins gehen. Möge dem sein wie ihm wolle, jedenfalls steht das eine fest, daß auf die eine wie auf die andere Weise eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen arbeitslos werden, und was es heißt, in der gegenwärtigen Zeit arbeitslos zu sein, das könne sich jeder, der das Leben einigermaßen kennt, sehr gut ausmalen. Den Behörden falle aber hier noch eine besondere Verpflichtung zu, denn mit Unterstützung und zum größten Teil auch auf Veranlassung der Behörden sind Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen nach Berlin gebracht worden zur Beschäftigung in der Munitionsindustrie, und jetzt, wo man den auf die zahlreiche Beschäftigung eingerichteten Berliner Munitionsbetrieben einen Teil der Aufträge entzieht, werden Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen als arbeitslos auf die Straße gesetzt und ihrem Schicksal überlassen. Das entspricht nicht dem, was die Behörden gegenüber den Arbeitern und besonders Arbeiterinnen an Verpflichtungen haben, nachdem auf Veranlassung der Behörden so große Arbeitermassen nach Berlin gekommen sind. Hier sei es unbedingt notwendig, daß in der einen oder anderen Weise etwas geschehe. Über das Nachlassen der Aufträge hat noch eine andere Erscheinung gegolten. Die Unternehmer halten die Zeit für gekommen, um Abzüge zu machen. Sie vermindern in starkem Maße die Stückpreise und finden dabei, wie es scheint, die Unterstützung der Behörden. Die Veruche der Arbeiter, sich gegen diese Verschlechterungen zu wehren, haben bis jetzt wenig Erfolg gehabt. Verhandlungen haben die Unternehmer nicht veranlaßt, von ihrem Standpunkt abzugehen, und selbst wenn die Arbeiter den Fall vor den Kriegsausschuß brachten und der Kriegsausschuß seiner früheren Stellung entsprechend entschied, daß die Abzüge während des Krieges nicht gemacht werden dürfen, haben die Unternehmer sich trotzdem nicht genötigt gesehen, die Abzüge zurückzugeben, erklärten vielmehr, daß es bei den Abzügen verbleibe. Sie seien bereit, jedem, der zu den abgezogenen Preisen nicht arbeiten wolle, den Abbleherschein zu geben. Nun ist es aber schon mehrfach vorgekommen, daß Arbeiter, die ihren Abbleherschein nahmen, vergeblich versuchten, in anderen Betrieben Beschäftigung zu finden, ja sogar das Bezirkskommando, wo sie sich nach einer neuerlichen Verfügen als Wehrmännern melden mußten, falls sie ihren Arbeitsplan verlassen, hat sie angewiesen, an ihren alten Arbeitsplatz zurückzukehren, da sie sonst eingezogen würden. Das ist unzweifelhaft eine Unterfütterung der Bestrebungen der Unternehmer, die Preise und Verdienste herabzubringen, und hat bei den Arbeitern eine Stimmung erzeugt, die geradezu an Erbitterung grenzt. Es ist den Arbeitern unerschütterlich, daß die Unternehmer in derselben Weise und mit denselben Mitteln den Arbeitern gegenüber ihren Willen durchsetzen dürfen, während die Arbeiter auf Schritt und Tritt bei der Abwehr von Maßnahmen der Unternehmer durch Gesetz, Verfügungen und Bestordnungen gehindert sind. In einzelnen Stellen haben sich die Streitigkeiten so zugespitzt, daß ein Ende nicht abzusehen ist. Sollten größere Schwierigkeiten entstehen, darf man den Arbeitern, die sich bis zum äußersten bemühen, die Streitigkeiten friedlich aus der Welt zu schaffen, die Verantwortung nicht zuzuschreiben. — Der Kassenbericht, der gleichfalls gedruckt vorlag, ergibt in der Hauptsache folgendes: Die Kasse ergibt in Einnahme und Ausgabe 2 061 133,82 M. Dem Vorstand sind im Laufe des Jahres 1 334 204,15 Mark überwiesen worden. Die Lokalkasse ergibt in Einnahme und Ausgabe 1 752 720,89 M. Der Kassenbestand beträgt 2 166 761,61 M. Die Kassapflichte setzte zunächst ein mit Kritik der Kassengeschäfte und konnte wegen vorgerückter Zeit nicht zu Ende geführt werden. Die Generalversammlung wurde deshalb vertagt.

Ergebnis. Die Regelung der Löhnerhältnisse der Zeit- und Stillenarbeiter, wie auch der Familienkriegsbeihilfen hat bei der Arbeiterschaft in den sächsischen technischen Zirkeln in Dresden keine allgemeine Befriedigung ausgelöst. Obgleich die Löhne auf der Grundlage der Lohnordnung von 1905 erst seit 13. September 1917 eine Neuregelung erfahren, ist bereits heute der Verdienst bei einzelnen Arbeitergruppen infolge der weiteren Verteuerung des Lebensunterhaltes vollkommen ungenügend. Die Lohnarbeiter und Werkzeugmacher kommen in Klasse B0 nur auf 1,30 M., in Klasse B11 nur auf 1,40 M. bis 1,55 M. Stundenverdienst. Die Transporthilfen und Spindelarbeiter haben in der B4 Klasse nur einen Stundenverdienst von 78 P., mit der Kriegsfamilienbeihilfe 91 P. Das sind Verdienste, welche in der heutigen schweren Zeit vollkommen ungenügend sind. Inwieweit an die Direktoren wurden bisher mit dem Hinweis auf die erst vor 1/2 Jahren erfolgte Neuregelung zurückgewiesen. Diese Verhältnisse werden hervorgerufen, weil die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben nur einseitig vom grünen Tisch aus, wie man so zu sagen pflegt, erfolgt. Zu den Beratungen und zur Begutachtung werden weder die Arbeiterausschüsse noch Vertreter gewerkschaftlicher Organisationen herangezogen. Das Bedauerlichste ist, daß sich das sächsische Kriegsministerium in den Grundrissen teils nach Preußen richtet. In der Kriegszeit geschieht dieses leider nicht auch bei der Verdiensthöhe. Während die Stillenarbeiter im allgemeinen in Spandau zwischen 1,40 M. bis 2,50 M. und höher die Stunde verdienen, beträgt der Stundenverdienst in Dresden einschließlich 30 P. Feuerungszulage u. a. zwischen 1,26 M. bis 1,64 M. die Stunde. Wenn auch in einzelnen Abteilungen höhere Verdienste erzielt werden, wird aber auch wieder in Dresden kaum halb so viel verdient wie in Spandau. Im Jahre

1916 hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einer Eingabe Vorschläge über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit einer ausführlichen Begründung dem Kriegsministerium unterbreitet. Diese Eingabe, die mit Vertretern der Arbeiter der technischen Institute ausgearbeitet worden ist, scheint in den Akten des Kriegsministeriums begraben worden zu sein. Nennlich verhält es sich auch mit dem Wunsche der Arbeiterschaft in bezug auf Festsetzung von Höchstgrenzen der Gewährung der Familienkriegsbeihilfe. Die bisherige Höchstgrenze von 240 M. im vierwöchigen Lohnverrechnungsabschnitt wurde auf 300 M. erhöht. Dieses geschah entgegen den Vorschlägen der Arbeiterschaft, der Direktoren der einzelnen Betriebe wie auch der Feldeingemeinschaften, welche für Wegfall der Grenzen waren. Das wurde in Berlin hielt aber für die preußischen Betriebe die 300 M.-Grenze für notwendig und es sollen von der Arbeiterschaft der preußischen technischen Institute, wie auch der Arbeiterausschüsse darüber keine Klagen vorliegen. In Anbetracht der in Spandau erzielten Verdienste ist es auch glaubhaft. Die vierwöchentlich 28 M. betragende Familienkriegsbeihilfe wird nur soweit gezahlt, wie der Gesamtverdienst in diesem Lohnverrechnungsabschnitt 300 M. ausschließlich der Kinderkriegsbeihilfe nicht übersteigt. Die Praxis ergibt nun, daß bei einer Verrechnung von 40 v. H. über den Höchstlohn der Arbeiter in Klasse A3 die volle Familienbeihilfe bekommt und 283,31 M. ausbezahlt erhält, während in Klasse A2 nur 23,52 M., in Klasse A1 noch 2,35 M. Familienkriegsbeihilfe gezahlt wird und der Gesamtverdienst somit 300 M. beträgt. In Klasse A1 wird keine Familienkriegsbeihilfe gewährt, weil der Gesamtverdienst bereits 318,82 M. beträgt. Trotz der Unterschiede in der Arbeitsleistung ist der Verdienst nahezu gleich, während der Gesamtverdienst in den verschiedenen Lohnklassen sich nach dem Verhältnis von 8, 9, 10, 11 und 12 teilt. Nennlich verhält es sich auch in den Beihilfenklassen B0a, B0b und B0c. In der Verhandlung des Schlichtungsausschusses des 12. Armeekorps am 17. Januar d. J. konnten sowohl die Besitzer der Unternehmer wie der Arbeiter dem Wunsche nach Wegfall der Höchstgrenze bei Gewährung der Familienkriegsbeihilfe oder einer anderweitigen Regelung die Berechtigung nicht versagen. Es wurde dem beschwerdeführenden Arbeiterschuß eines Betriebes der technischen Institute empfohlen, eine entsprechende Eingabe dem sächsischen Kriegsministerium und dem Kriegsausschuß in Berlin zu unterbreiten. Durch Befehlsgabe der diesbezüglichen Aktenstücke vom März und April d. J. ist den Arbeiterschußen eine abschließende Antwort beschieden worden. Es sind diese Vorwissenheiten wiederum ein Beweis, daß das völlige einseitige Festlegen eines Arbeitsvertrages durch die Behörden als Unternehmer für beide Teile kein erfreuliches Verhältnis ergibt. Die Arbeiterschaft ist nun wieder gezwungen, durch die Eingaben eine Verringerung der ungenügenden Verdienste herbeizuführen. Die durch die Neuregelung vom 13. September 1917 erzielten Verdienste sind infolge der inzwischen weiter gestiegenen Unterhaltungskosten als nicht mehr zeitgemäß anzusehen und bedürfen einer baldigen Verringerung. Die Erhöhung der Verdienste ist eine dringende Notwendigkeit.

Erlangen. Unsere Verwaltungsjahre hat am 1. Juni die ersten 1000 Mitglieder überschritten, ohne die 400 Kollegen, die beim Geere stehen. Das ist ein Zeugnis, daß der Wert der Organisation erkannt wurde. Aus Anlaß dessen veranstaltete die Verwaltung am Samstag den 15. Juni eine Feier mit Musik. In einer Ansprache dankte der Kollege Kiper allen Mitgliedern, Funktionären, Arbeiterschußvertretern und Verbandsmittgliedern für die erprobte Mitarbeit und hob hervor, daß gerade durch das gute harmonische Zusammenwirken die 1000 Mitglieder überschritten wurden. Die Früchte einer guten geschlossenen Organisation sind angemessene Löhne und Arbeitsverhältnisse. Infolge des guten Zusammenwirkens haben wir auch besonders in diesem Geschäftsjahr unser Möglichstes geleistet und die Löhne für die Metallarbeiter und -arbeiterinnen in Erlangen sind keine der schlechtesten. Unser Mitgliederstand war im 2. Vierteljahr 1914 655 und sank durch die Entlassungen und die Geschäftskrise bis zum 4. Vierteljahr 1915 auf 255 Mitglieder. Von da an ging es wieder aufwärts und wir haben durch unsere Agitation und infolge der günstigen Lohnregelungen die 1000 Mitglieder erreicht. Auf keinen Fall soll aber da der Stillstand eintreten, sondern im Gegenteil, je größer die Mitgliederzahl, desto größer ist die Agitationsmöglichkeit und jedes Mitglied hat die Verpflichtung, neue Mitglieder zu werben, so daß bald der letzte Metallarbeiter und die letzte Metallarbeiterin dem Verband eingereiht wird. Mit diesem Appell schloß der Geschäftsführer seine Ausführungen.

Grödenheim a. Brz. Lohnbewegung bei der Firma B. Kaufmann, jüdische Profil- und Genauzweckerei Unterlochen bei Kalen. Die Arbeiter dieses Betriebes waren durch ihre schlechte Lage gezwungen, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande anzuschließen und eruchten dann die Leitung des Verbandes, ihnen in der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage behilflich zu sein. Im Februar wurden der Firma Lohnforderungen unterbreitet. Die Firma bewilligte zwar nicht, was die Arbeiterschaft unbedingt haben mußte, aber nach einer von der Firma gewährten Lohnerhöhung von 20 v. H. gaben die Arbeiter sich vorläufig zufrieden. Am 8. Mai unterbreitete die Arbeiterschaft der Firma neue Forderungen, so unter anderem für gelebte Arbeiter Stundenlöhne von 1,20 M., eine Forderung, die in der heutigen Zeit mehr als bescheiden zu nennen ist. Die Firma bewilligte 1,10 M., mit dem sich die Arbeiter nicht zufrieden gaben und auch nicht geben konnten. Kaiser Geschäftsführer wurde von der Arbeiterschaft ersucht, durch seine persönliche Vermittlung eine Einigung mit der Firma herbeizuführen, was auch sofort versucht wurde. Herr Kaufmann aber, besser gesagt, der tonangebende Betriebsleiter Herr Conrad, lehnte jede Vermittlung ab und es blieb den Arbeitern nichts anderes übrig als den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dieser verhandelte in zwei Sitzungen ohne Ergebnis. Die Firma erklärte, daß sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei. Der Mandant der Arbeiterschaft, Geschäftsführer Geiger, machte einen Vermittlungsvorschlag, der jedoch abgelehnt wurde, der Schlichtungsausschuß sah, weil alles aussichtslos, von einem Vermittlungsvorschlag selbst ab und fällt auch keinen Schiedspruch, da anzunehmen war, daß die Firma sich denselben nicht unterwerfe, weil der Vertreter der Firma, Herr Conrad, erklärte, lieber den Arbeitern den Abbleherschein zu geben, als irgendwieweitere Zugeständnisse zu machen. Dabei ist Herr Kaufmann einer der reichsten Leute in Kalen; ihm dürfte bald der vierte Teil der Stadt Kalen als Eigentum gehören, ferner große Teile der Gemeinden Ebnet, Oberlochen und Unterlochen. Der steinreiche Mann erklärte, den Arbeitern nicht mehr geben zu können. Er wohnt selber der Verhandlung als Jurist bei. Der Mandant der Arbeiterschaft hielt ihm diese seine Reichtümer in unbedünnter Weise vor, er verzog dabei aber keine Miene. Noch ein Vorfall, der auf das menscheneinrückliche Herz des Herrn Conrad ein bezeichnendes Licht wirft, soll hier nicht unerwähnt bleiben. Als die erste Verhandlung vertagt wurde, verlangte der Mandant der Arbeiterschaft, daß die von der Firma angelegte Lohnzahlung aber auch bis bis zum nächsten Termine der Verhandlung den Arbeitern bei der nächsten Lohnzahlung ausgezahlt werden sollte. Dies sagte Herr Conrad auch zu. Am andern Tage war Lohnzahlung, die Arbeiter die gefallt hatten, erhielten aber die erhöhten Löhne nicht. Erst auf schriftliche Beschwerde an den Herrn Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, der in anerkannter Weise sich sofort der Sache annahm und der Firma in unbedünnter Weise ihre unschöne Handlungsweise zu Gemüte führte, erhielten die Leute dann die Löhne nachgezahlt. Fast wäre es im Betriebe zu unliebsamen Auseinandersetzungen gekommen und nur dem Eingreifen der Geschäftsleitung des Verbandes und der tatkräftigen Mithilfe des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses ist es zu denken, daß dies unterblieb. — Unter solchen Verhältnissen wird sich niemand wundern, daß die Arbeiterschaft am Tage nach der zweiten Verhandlung von ihrem Rechte Gebrauch machte, den Abbleherschein zu fordern. Das hatte die Firma nicht erachtet und nun bequemt sie sich zu weiteren Zugeständnissen. Wenn auch die Forderungen nicht ganz erfüllt wurden, so gaben sich die Arbeiter doch nunmehr zufrieden und verzichteten auf die Ausbändigung des Abbleherscheins. Die Forderungen sind zum größten Teil bewilligt und werden als Organisation können ebenfalls mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Hier zeigt es sich mit aller Deutlichkeit, was die Arbeiterschaft vermag, wenn sie geschlossen und einheitslich in einer guten Organisation ihren Zusammenschluß gesucht hat. Dies wird zweifellos nicht nur ein weiterer Ansporn für die Arbeiterschaft dieses Betriebes sein, ihre Organisation weiter auszubauen und zu festigen, sondern auch für die gesamte Arbeiterschaft des Industriegebietes Kalen-Unterlochen-Wasseralfingen.

Leipzig. Zur Vertilgung der Brotkrone. Eine von etwa 500 Kollegen besuchte Vertrauensmännerversammlung der Verwaltungsjahre Leipzig hatte die hiesige Ortsverwaltung beauftragt, an den Rat der Stadt Leipzig, an die Amtshauptmannschaft sowie an die Kriegsausschüsse eine Eingabe zu richten, die zur Vertilgung der Brotkrone Stellung nimmt. Zwei Mitglieder der Ortsverwaltung, die Kollegen Fromm und Schäfer, haben die Eingabe in Besprechungen mit den drei genannten Behörden noch mündlich begründet. Am 13. Juni nahm eine von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung im Zentraltheater den Bericht über das Resultat dieser Verhandlung entgegen. Einleitend bemerkt der Berichterstatter, Kollege Fromm, daß die bevorstehende Kürzung der Brotkrone eine überaus schädliche Verunreinigung unter den Arbeitern, sowie auch in weiteren Kreisen des Mittelstandes hervorgerufen habe. Das habe die Vertrauensleute veranlaßt, sich mit der Frage zu beschäftigen. Als Ausgleich fordere die Eingabe Zuteilung von anderen Lebensmitteln. Die rationierten Lebensmittel seien auf keinen Fall als ausreichend zu betrachten. Der umfangreiche Schleichhandel trage zur sprunghaften Erhöhung der Lebensmittelpreise bei. Deshalb werde in der Eingabe die Erhöhung der Löhne gefordert, ferner die Befestigung der Stadt- und Ubergarbeits. In der Besprechung mit dem Rat erklärte der Oberbürgermeister Dr. Hofbe, daß Umstände eingetreten seien, die den ursprünglichen Verteilungsplan über den Haufen geworfen hätten. Die Lieferungen aus der Ukraine hätten die gehegten Erwartungen nicht erfüllt. Infolge der trockenen Witterung wachse das Gemüse nicht. Bezüglich der Kartoffellieferung gab das Oberhaupt der Stadt die Versicherung ab, daß die Ration von sieben Pfund bis zur nächsten Ernte gewahrt werden könnte. (Im Widerspruch zu dieser Erklärung steht die Vertilgung der Kartoffelration von 7 auf 3 Pfund die Woche.) Allerdings müsse immer mehr mit starkem Schwund gerechnet werden. Als Ersatz gebe es 150 Gramm Teigwaren für die Woche, Lieferung von Zucker, dann eine mehrmalige Verteilung von Marmelade und Sirup. Statt aller 14 Tage soll es nunmehr jede Woche ein Ei geben, was allerdings zur Folge habe, daß später nur aller 4 Wochen ein Ei gegeben werden könne. Die Amtshauptmannschaft wolle 1/2 Pfund Trockengemüse, ferner für die Periode zwei Pfund Zucker mehr zur Verteilung bringen. Beschwert wurde, daß diese Zuwendungen keine Kürzung der zugeteilten Mengen an Einmachzucker zur Folge haben würde. Am 11. Juni hat auf der Kriegsausschüsse eine Besprechung stattgefunden. Diese Behörde hat zunächst erklärt, daß sie auf die Gestaltung der Arbeitszeit keinen Einfluß habe. Man wolle dahin wirken, Ueberstunden soviel wie möglich zu vermeiden. Nur in besonders wichtigen Fällen solle den Unternehmern die Genehmigung zur Nacharbeit erteilt werden. Die Kommission wies auf das Bestreben vieler Unternehmer, die Arbeiter indirekt zur Leistung von Ueberstunden zu zwingen, hin. In solchen Fällen solle Beschwerde bei der Kriegsausschüsse eingereicht werden, damit das Kriegsausschüsse eine strenge Unterdrückung einleiten könne. — An den Bericht schloß sich eine sehr lebhaft ausgesprochene. Allgemein kam zum Ausdruck, daß nicht die erteilten Verteilungsmengen, sondern die Reichsstellen an der mangelhaften Lebensmittelverteilung die Schuld trage. Mitverantwortlich seien aber auch die sogenannten Arbeiterführer durch die Taktik des 4. August 1914 — Folgende von dem Kollegen M. eingebrachte Entschlüsselung fand einstimmige Annahme: „Die Versammelten haben den Bericht der Ortsverwaltung zur Kenntnis genommen und sind mit deren Tätigkeit einverstanden. Einverstanden sind sie aber keinesfalls mit dem Resultat der Verhandlungen. Insbesondere verlangen die Versammelten die Befestigung des gemeingefährlichen Schleichhandels, um der Arbeiterschaft die Lebensmittel zu schaffen, damit sie arbeits- und lebensfähig bleiben kann. Die Ortsverwaltung der Verwaltungsjahre Leipzig wird beauftragt, auf Vertilgung der Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche und Erhöhung der Löhne zu wirken.“ — An der Abstimmung über Entwurf eines außerordentlichen Verbandstages beteiligten sich 6053 Kollegen. Dafür stimmten 5944, dagegen 109.

Schönebeck. Eine unerhörte Behandlung wurde einem Arbeiter der Schönebecker Metallindustrie A. G. (Welt-rab) zuteil. Durch wiederholte Beleidigungen seines Vorgesetzten, der ihm sogar Ohrfeigen angeboten hatte, aufs äußerste gereizt, verlangte ein Maschinenarbeiter vom Obermeister seine Papiere und den Abbleherschein. Ohne Zweifel dürfte ihm dieses heute so wirksame Papier laut § 9 des Arbeitsgesetzes und § 124 der Gewerbeordnung nicht vorenthalten werden. Der Obermeister war jedoch anderer Ansicht. Er herrschte den Arbeiter an: „Gehen Sie sich an die Arbeit, einen Abbleherschein bekommen Sie nicht! Hat Sie der Vorgesetzte denn noch nicht gehorcht?“ Auf die Erwiderung, daß sich das der Vorgesetzte jedenfalls nicht trauen werde, rief der Obermeister voller Born: „Wenn ich da drüber wäre, so nähme ich das erste beste Kattenebe, und täte Ihnen den Schädel kaputt schlagen!“ Der Arbeiter bemerkte, daß wir hier doch nicht in Klustand lebten, verlangte noch einmal seine Entlassung und wollte zur Tür hinausgehen. Da trat der Obermeister ihm von hinten in den Pantoffel, so daß der Arbeiter zu Falle kam. Bei dem folgenden Ringen erwehrte sich der Arbeiter der Angriffe, so gut es eben ging. Nach diesem Austritt rief der Obermeister dann noch: „Ich bringe Sie mit Dampf von der Fabrik! Ich werde dafür sorgen, daß Sie in den Schützengraben kommen und dann wünsche ich, daß Ihnen draußen alle Knochen kaputt geschossen werden.“ Dieser Auspruch eines Mannes, der seit Anfang des Krieges reklamiert ist und die Leiden des Soldaten wie der Verbundenen wohl kaum vom Hörensagen kennt, ist wohl der Höhepunkt dessen, was sich heute ein Vorgesetzter in der Fabrik herausnehmen kann. Jede weitere Kritik würde die Wirkung des Verhaltens Angestellter gegenüber der Arbeiterschaft nur abschwächen. Der Arbeiter verließ nach diesem Austritt die Fabrik. Er erhielt seinen Lohn und die Papiere außer dem Abbleherschein. Dieses Papier wurde ihm verweigert mit der Bemerkung, daß der Direktor des Werkes einige Tage verreist sei und ohne seine Einwilligung der Schein nicht ausgestellt werden könnte. Dabei erlaubte sich der Proturist noch die Bemerkung: „Sie werden an uns denken, wenn Sie im bunten Rod stehen. Wir haben schon unsere Maßnahmen getroffen.“ Hier möchten wir ein Verfahren der Unternehmer festhalten, wie sie die mißliebigen Arbeiter der Militärbehörde ausleierten. Man entläßt die Leute ohne Abbleherschein, damit sie keine andere Stelle bekommen können. Die Erziehung der Beschwerde vor dem Schlichtungsausschuß dauert doch über 3 Tage, in welcher Frist sich jeder arbeitslose Hilfsdienstpflichtige bei dem Einberufungsausschuß zu melden hat. So erfolgt die Einberufung zum Heeresdienst ganz von selbst.

Stuttgart u. Umg. Niederlage der Gelben bei Robert Bosch A. G. In zwei Werken der Firma Robert Bosch A. G. zu Gerzbad bei Stuttgart — im Hindertentwert und Lichtwert — fanden am 22. Juni und 1. Juli die Neuwahlen zum Arbeiterausschuß statt. Sie haben dem gelben „Sparverein“ eine wohlverdiente Niederlage gebracht. Das Hindertentwert galt den Gelben als ihre Hochburg. Hier war es im vorigen Jahre den wenigen organisierten Kollegen und Kolleginnen nicht möglich, einen eigenen Wahlvorschuß dem des gelben Vereines entgegenzustellen. So galt sein Wahlvorschuß bei einer anderen nicht gemacht war, als „gerührt“. Er feierte damals einen billigen Sieg. Dem Wahle der Arbeiterschaft widmete sich dieser „Ausfluß“ selbstverständlich nicht. Wie alle Vertrauensleute der Gelben bei Bosch sah auch er seine Aufgabe einzig und allein in der Bekämpfung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Wenn je gutgläubige Arbeiter oder Arbeiterinnen ihn ersuchten, er möge für sie bei der Betriebsleitung vorstellig werden und Beschwerden vordringen, dann wurden die Antragsteller mit kalten Bedensarten abgewiesen. Besonders Arbeiterinnen bellagten sich darüber bitter. So verging

das Jahr ihrer Herrschaft. Am Tage der Wahl hat nun die Arbeiterchaft diesem „Auspruch“ die gebührende Antwort erteilt. Mit 220 Stimmen entschied sie sich für den Wahlvorschlag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, während der Wahlvorschlag des Sparvereins ganze 48 Stimmen auf sich vereinigte. Von sechs Sitzen entfallen auf unsere Kollegen und Kolleginnen fünf, auf die Selben einer; ebenso ist das Verhältnis bei den Ersatzleuten. So stürzte die stolze und anmaßende Herrschaft der Selben mitten in ihrer Hochburg zusammen. — Im Richteramt, wo am 1. Juli die Entscheidung fiel, hatten unsere Verbandsmitglieder schon im vorigen Jahre von 10 Sitzen 9 an sich gerissen. Das wurmte die Herren vom „Sparverein“ über die Maßen. Sie verlangten, da ein Sitz kein Sitz sei, ihnen von vornherein zwei Sitze diesmal zuzubilligen. Eine Betriebsversammlung lehnte es jedoch einmütig ab, überhaupt einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit diesen Leuten aufzustellen, geschweige ihnen zwei Sitze zu geben. „Im Kampfe sollst du dein Recht finden!“ Der Wahlvorgang auch in diesem Werk beweist, mit welcher Geringschätzung die Arbeiterchaft den „Sparverein“ beurteilt. Von 1280 abgegebenen Stimmen erhielten der Wahlvorschlag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1087, der des Selben 151. Damit ist das alte Verhältnis hergestellt. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben wieder ihre 9 Sitze, der „Sparverein“ 1 Sitz. Der Stimmenanteil der Selben beträgt im Jüngerwerk 17 v. H., der unfrieger 82 v. H., im Richteramt 11 v. H., der unfrieger 88 v. H. Es haben demnach eine größere Anzahl Mitglieder des „Sparvereins“ gegen ihn und für unseren Wahlvorschlag gestimmt. Ein Beweis dafür, mit welchen Mitteln in den Boschwerten für den „Sparverein“ die Mitglieder „gewonnen“ werden. In Flugblättern hat man vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verband grüßelig gemacht, hat „gemannt“, er habe hunderte Existenzen vernichtet und Familien brotlos gemacht. Die Arbeiterchaft hat durch den Stimmzettel geantwortet: Schwindel, Schwindel! In geheimen Wahl, ohne das „System“, ist es mit der Wösch-Sparvereinsherrlichkeit aus. Um den Ausgang der Wahlen richtig werten zu können, muß man wissen, in welcher Art und Weise die Firma ihr gelbes Werbepapier hegt und pflegt. Nicht nur durch Geldgaben unterstützt sie ihn, sondern sie bevorzugt jedes einzelne seiner Mitglieder. Gnädige Behandlung ihnen — Unbilligkeit gegen unsere Mitglieder; das ist der Geist der Firma Robert Bosch & Co. In vornehmer Parteilichkeit hat sie für den Sparverein einen Arbeiter als Geschäftsführer angestellt, ihm im Betriebe alle Freiheiten in Sachen des Vereins eingeräumt, hingegen ein strenges Verbot jeglicher Werbung für den Deutschen Metallarbeiter-Verband seit Jahren erlassen, das gesichert ist durch Androhung sofortiger Entlassung. Wer das Wort ausspricht: Organisiere dich im Deutschen Metallarbeiter-Verband, der war fünf Minuten später nicht mehr bei der Firma Bosch, obwohl bei sonstiger Lösung des Arbeitsverhältnisses die Arbeiter schon oft eine Stunde und darüber warten mußten. Gälte bei der Firma Robert Bosch & Co. für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin dasselbe Recht, dann würde der Sparverein mit all seinem Unrat hinweggefegt wie Spreu im Winde.

Rundschau

Gewerkschaftliches.

Holzarbeiter. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat eine Doppel-Jubiläumfeier. Am 1. Juli waren 25 Jahre verstrichen, seit er ins Leben trat und 50 Jahre waren verfloßen, seit der Gründung der ersten gewerkschaftlichen Organisation der Holzarbeiter. In der Entwicklung des Gewerkschaftswesens bei den deutschen Holzarbeitern spiegelt sich ein Stück der Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens überhaupt, ebenso wie die Entwicklung des deutschen Holzgewerbes von Handwert zur Großindustrie ein Abbild der Entwicklung der deutschen Gesamtindustrie ist. Auch die Meinungsverschiedenheiten und Spaltungen in der politischen Arbeiterbewegung haben das Gewerkschaftsleben der Holzarbeiter wesentlich beeinflusst. Am Ende der 60er Jahre bestanden in den verschiedenen deutschen Vaterländern noch die Vereinigungsverbände. Es war den Arbeitern zwar nicht verwehrt, sich zu organisieren; nur durften die Organisationen keine Arbeitseinstellungen beschließen, durchführen oder unterstützen. Erst die am 1. Oktober 1869 in Kraft getretene Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund brachte die Aufhebung der Vereinigungsverbände, nicht ohne daß diese vorher noch schwere Bemühungen geleistet hatten. In der Arbeiterchaft tobte damals ein schwerer innerer Kampf zwischen den Anhängern Lassalles und den „Eisenachern“. Als im Jahre 1868 voranzutreten war, daß das gesetzliche Vereinigungsverbot fallen würde, riefen sich die politischen Parteien, die sich auf die Arbeiter stützten — die Lassalleaner, die Eisenacher und die Fortschrittspartei — zur Gründung von Gewerkschaften. Der von Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein berief zum 26. September 1868 einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongress nach Berlin, wo beschloffen wurde, „Arbeiterchaften“ zu gründen. Unter diesen befand sich auch der Gewerksverein deutscher Holzarbeiter mit Theodor Joch als „Präsidenten“. Einige Jahre darauf wurde außerdem noch der Allgemeine Tischler-Verein gegründet und man suchte, ähnlich wie in anderen Berufen und in der politischen Bewegung, die beiden Organisationen einander den Rang abzulassen. Selbst als die beiden politischen Parteien sich im Jahre 1875 geeinigt hatten, dauerte bei den Holzarbeitern der Hader noch weiter. Erst 1877 verschmolzen sich die beiden Organisationen zum Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen. Diesem war jedoch keine lange Dauer beschieden, denn das im folgenden Jahre in Kraft tretende Sozialistengesetz erzwang es den betreffenden Gewerkschaften, auch der Organisation der Holzarbeiter ein Ende zu machen. Die Holzarbeiter gehörten jedoch zu den ersten, die den Versuch machten, in örtlichen Gewerksvereinen zusammenzukommen. Auch diese traten trotz der gesetzlichen Schwierigkeiten mit einander in Verbindung und im Jahre 1883 wurde auch ein Deutscher Tischler-Verein gegründet.

Nach dem Erlösche des Ausnahmengesetzes gab es unter der Arbeiterchaft lebhaftere Erörterungen über die beste Form der Gewerkschaften. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterchaft entschied sich bald für den über das ganze Reich sich erstreckenden Verband im Gegensatz zum örtlichen Verein. Dieser ging jedoch die Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob der Verband ober der Zentralgewerkschaft die zweckmäßigere Form sei. Während bei den Metallarbeitern schon im Jahre 1891 die Mehrheit sich für den Zentralverband entschied und nur noch wenige Vereine zu ihren besonderen Verbänden existierten, kam dies bei den Holzarbeitern erst im Jahre 1893 dazu. Demals wurde zu Stuttgart ein Holzarbeiterkongress abgehalten. Dort waren vertreten die Verbände der Tischler, der Drechsler, der Schleifer, der am Holzbearbeitungsarbeiten und am Holzhandel beschäftigten Arbeiter, der Eisenacher, der Tischler, der Tischlermacher, der Tischlermeister und der Tischler. Der neu gegründete Deutsche Holzarbeiter-Verband traten bei der Gründung der Bundesversammlung, der Drechsler, der Tischlermacher und der Tischler. Vorsitzender wurde Carl Alsch, bisher Vorsitzender des Tischler-Verbandes. Als Sitz des Verbandes wurde Stuttgart bestimmt. Ein Teil der Verbände, die damals geteilt waren, hat sich im Laufe der Jahre schon dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande angeschlossen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat sich in ähnlicher Weise entwickelt wie die übrigen größeren deutschen Gewerkschaften. Im Anfang hatte auch er mit Schwierigkeiten zu kämpfen, bis er sich durch Verhandlungen mit Hilfe von Beitragszahlungen und dem Ansehen der Verbände. Im Jahre 1893 hatte er in 336 Jahreshellen 29 774 Mitglieder. Schon im folgenden Jahre lag er an, die wirklich Mitglieder gesondert zu zählen. Er hatte damals in 410 Jahreshellen 26 144 männliche Mitglieder und 401 weibliche. Im Jahre 1906 lag er an, sich der Angehörigen anzuschließen. Er hatte damals in 467 Jahreshellen 151 717 männliche, 3250 weibliche und 42 jugendliche Mitglieder. Der höchste Mitgliederstand erreichte er im Jahre 1912 in 577 Jahreshellen mit 196 619 männlicher, 7293 weiblicher und

1196 jugendlichen Mitgliedern. Der Krieg nahm auch ihm in dem ersten Jahre viele Mitglieder. 1916 hatte er 68 249 männliche, 8172 weibliche und 938 jugendliche. Das vorige Jahr brachte jedoch auch dem Deutschen Holzarbeiter-Verband einen erfreulichen Aufschwung. Die Mitgliederzahl stieg auf 90 237 männliche, 18 456 weibliche und 2015 jugendliche. Weit über 100 000 Mitglieder haben ins Feld ziehen und viele von ihnen Leben oder Gesundheit opfern müssen.

Im ersten Jahre seines Bestehens hatte die Hauptkasse des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes eine Einnahme von 114 194 M., eine Ausgabe von 81 518 M. und ein Vermögen von 32 676 M., am Ende des vorigen Jahres eine Einnahme von 2 639 994 M., eine Ausgabe von 1 894 143 M. und ein Vermögen von 5 849 583 M. Die örtlichen Kassen der Jahreshellen hatten im vorigen Jahre eine Einnahme von 1 573 043 M., eine Ausgabe von 1 330 092 M. und einen Bestand von 1 847 564 M. Einen Einblick in die Leistungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bieten diese Zahlen nicht. Es würde aber auch zu weit führen, wenn wir an dieser Stelle noch von neuem darauf eingehen wollten.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gibt in diese erste Zeit fallende große Ereignisse in einer hübsch ausgestatteten Festschrift der Holzarbeiter-Zeitung kund. Eingeleitet wird sie auf der ersten Seite durch ein stimmungsvolles Gedicht von Carl Brügger. M. Kaiser, H. Weibart, Fritz Karnow, A. Neumann, W. Schneegäß, Fritz König, Paul Umbreit, C. Schrad, Robert Schmidt, Carl Vegien, G. Blume und Wilhelm Keil haben Beiträge geliefert, die auch für Arbeiter anderer Berufe lesenswert sind.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat sich als feste und treue Stütze erwiesen, nicht nur für die Holzarbeiter, sondern mittelbar auch für die gesamte organisierte Arbeiterchaft. Diese bringt ihm deswegen an seinem Ehrentage auch die wärmsten Glückwünsche dar.

Aus den Schlichtungsausschüssen.

Hamburg. Schlichtung von Streitigkeiten nach § 13 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Die Arbeiterchaft der Hanseatischen Flugzeugwerke (Carl Caspar, A.-G., Hamburg-Fuhlsbüttel) hatte der Direktion eine Forderung auf Erhöhung der im Tarifvertrag vom November v. J. festgelegten Leistungszulage unterbreitet. Die Erhöhung, die bisher 20 % für die Verheirateten und 10 % für die Ledigen betrug, sollte um 20 % die Stunde für alle Arbeiter erhöht werden. Die Firma bewilligte jedoch, trotz bestehender Wertes und einer für die Vertragsdauer vorgesehenen Leistungszulage nur eine Zulage von 5 % die Stunde für verheiratete und ledige Arbeiter. Eine Betriebsversammlung lehnte diese Zugeständnisse ab. Die Organisationsleiter und der Arbeiterschiedsrichter wurden beauftragt, nochmals in Verhandlung mit der Direktion zu treten. Die Direktion ließ sich auf nochmalige Verhandlung ein, blieb aber bei ihren Zugeständnissen. Sie erklärte sich nur bereit, in 3 Monaten die Frage nochmals zu prüfen, je nach Lage des Geschäftes sollte der Arbeiterschiedsrichter weiteres Entgegenkommen werden. Der Arbeiterschiedsrichter wandte sich dann unter Berufung auf den § 13 des Hilfsdienstgesetzes an den Schlichtungsausschuss. In der Begründung der Forderung wurde angeführt, daß seit August 1917 eine allgemeine Lohnerhöhung und eine Erhöhung der Leistungszulage nicht erfolgt sei. Der im November v. J. abgeschlossene Tarifvertrag habe ebenfalls für gelehrte Arbeiter eine Lohnerhöhung nicht gebracht, es seien in diesem Verträge vielmehr nur die damals bestehenden Löhne vertraglich festgelegt worden. In anderen Flugzeugbetrieben, besonders in Berlin, seien die Löhne wesentlich höher. Auch müßte bei der Verteilung ihrer Verhältnisse der weite Weg berücksichtigt werden, der infolge der Lage des Betriebes von der Wohnung zum Arbeitsplatz zurückzulegen sei. Die Leistungszulage um 5 % sei kein Ausgleich für die inzwischen verteuerte Lebenshaltung. Die Direktion erklärte dagegen:

„Es stimmt, daß die Arbeiterchaft eine Erhöhung der Leistungszulage von 20 % pro Mann und Stunde verlangte, und daß die Direktion nach reiflicher Erwägung eine Erhöhung von 5 % pro Stunde bewilligte. Wir können von unserer Meinung, daß die Bezahlung der Arbeiter bei uns eine ausreichende ist, nicht abgeben. Es handelt sich doch wohl nicht darum, daß von Zeit zu Zeit durch tarifmäßige Vereinbarungen, eine Erhöhung des Verdienstes eintritt, als daß jeweils die Arbeiter eine ausreichende Bezahlung haben. — Bei der feinerzeitigen Lohnerhöhung wurde ausdrücklich vereinbart, daß unbeschadet dieser tarifmäßigen Lohnerhöhung je nach Leistungen des einzelnen Arbeiterchaften für die Leute, die eine entsprechende Arbeit ausführen können, eintreten sollen. Es ist dann auch von dem Arbeiterschiedsrichter angegeben worden, daß diese Forderung von uns durchgeführt werden ist. Wenn man die Gesamtlage betrachtet, dürften unsere Arbeiter wohl zu den bestbezahltesten in Hamburg gehören. Daß, wie der Ausschuss ausführt, insbesondere in Berlin die Löhne beziehungsweise die Verdienste, wie der Ausschuss ausdrücklich schrieb, höher sind, ist bekannt. Es ist dies auch bereits im Frieden von jeher so gewesen. Es hängt aber das mit den ganzen Verhältnissen zusammen, insbesondere damit, daß in Berlin viel mehr eigearbeitete Leute vorhanden sind, die eine höhere Produktion erzielen und dadurch die höheren Verdienste haben. Die Arbeiter, beziehungsweise nach unserem jetzigen System die Prämien, sind bei uns entgegenkommend genug angelegt, um einen entsprechenden Mehrerwerb zu gewähren. Wir haben diese nicht heruntergefahren, trotzdem sie zum Teil bis 60% und in einzelnen Fällen noch mehr betragen. Ein durchschnittlicher Ueberschuß von 30—40% ist von dem Arbeiterschiedsrichter selber angegeben worden.“

Vor dem Schlichtungsausschuss ergänzten die Vertreter der Arbeiter in ihrer Eingabe eingehendere Begründung und verwiesen auf den von der Firma erzielten Reingewinn im verfloßenen Geschäftsjahre, der eine hohe Dividende und hohe Kantien für die Direktion ermöglichte. Der Vertreter der Firma, Direktor Dr. Bissmer, führte aus, daß die Belegschaft zurzeit eine Stärke von 1300 aufweise. Die von der Direktion gemachten Zugeständnisse von 5 % erfordere die Summe von 160 000 M. Sollte die Firma die von der Arbeiterchaft gestellten Forderungen reiflich bewilligen, würde dies die Summe von 640 000 M. ausmachen, während die Summe der Dividende des vorigen Jahres 25 000 M. betrug. Eine derartige Belastung sei für die Firma unzulässig. Die Firma sei zurzeit nicht in der Lage mehr als 5 % zu bewilligen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob eine Verständigung zwischen den Parteien nicht möglich sei, wurde von dem Vertreter der Firma mit einem bewährten Nein geantwortet. Nach längerer Debatte des Schlichtungsausschusses über den von der Arbeiterchaft gemachten Bezahlungsvorschlag, den verheirateten Arbeitern auf die bis jetzt bewilligten 5 % weitere 5 % zuzulassen zu wollen, so daß in Zukunft die Leistungszulage für Ledige anzunehmen der bisher gezahlten 10 % 15 % und für Verheiratete anzunehmen 20 % 30 % die Stunde betragen (auch zwar für die Dauer des Tarifvertrages), werden die Vertreter der Firma nochmals darauf befragt, ob sie bei den übrigen Mitgliedern der Direktion dieser Vermittlungsvorschläge beifällig wären wollten, wurde dies unter Vorbehalt geantwortet. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses wurde bis zu dem Erlösche beider Parteien angehalten. Nachdem diese Erklärung abgegeben war, wurde folgender Entschluß gefaßt:

„Die Parteien sind sich dahin einig, daß die Arbeiterchaft sich bereit erklärt hat, die Forderung über die Arbeitsverhältnisse in den Hanseatischen Flugzeugwerken Carl Caspar, A.-G., Hamburg-Fuhlsbüttel, vom 22. November 1917 die Leistungszulage reiflich schon bisher seitens der Hanseatischen Flugzeugwerke um 5 %, das ist also um 5 % für die Verheirateten und 15 % für die Ledigen für die Stunde erhöht war. Auf Grund des von beiden Parteien angenommenen Vorschlages des Schlichtungsausschusses wird nunmehr von der Arbeitgeberchaft vom Sonnabend den 11. Mai an, diese Leistungszulage nochmals für die Verheirateten um 5 % erhöht, so daß von dem genannten Zeit an die Leistungszulage für die Verheirateten 20 % und für die Ledigen 15 % beträgt. Durch diesen Vergleich sollen alle weitergehenden Forderungen der Arbeiter für die Zeit der Gültigkeit des Tarifvertrages, also bis zum 1. Oktober 1918 erledigt sein. Die Firma verpflichtet sich, die

werke Carl Caspar, A.-G., erklärt ausdrücklich, daß sie ihren Rechtsstandpunkt an sich aufrecht erhält und dieser durch diesen Vergleich nicht berührt werden soll. Für die Zeit nach Ablauf des Tarifvertrages behalten sich beide Parteien alle Rechte vor und soll durch diesen Vergleich für die Zeit nach dem Tarifvertrag keinerlei Präjudiz für eine der Parteien geschaffen werden.“

Ob es nun, nach der bei den Verhandlungen abgegebenen Erklärung der Direktion, nach Ablauf von drei Monaten die Frage erneut zu prüfen und nach Möglichkeit den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, auch von der Arbeiterchaft gehandelt war, den Schlichtungsausschuss um Entscheidung anzurufen, bezweifeln wir. Die von der Direktion in Aussicht gestellte Prüfung der Frage hätte ohne weiteres eine gleichmäßige Erhöhung für die Arbeiter gebracht, auch wären die Arbeiter einer Festsetzung der Tarifbestimmungen durch den Schlichtungsausschuss aus dem Wege gegangen.

Seltene Munitionsarbeiter.

Aus Arbeiterkreisen der Mainzer Rüstungsindustrie wird mitgeteilt, daß in letzter Zeit die Zahl der auf Grund von Reklamationen vom Geeresdienst befreiten Personen wohlhabender Kreise, die nur zum Schein in Munitionsfabriken „arbeiten“, um sich vom Geeresdienst zu drücken, stetig größer geworden sei. Es seien in Rüstungsbetrieben Reklamierte als „Ausheber“ tätig, die nur an zwei bis drei Wochentagen fünf bis sechs Stunden täglich ihre Zeit „ablaufen“, in der übrigen Zeit aber ihrer Berufsaufgabe nachgeben. Als Beispiel wird unserem Mainzer Parteiorgan folgender Fall gemeldet: Ein reicher, kriegerisverwendungsfähiger, kaum dreißigjähriger Landwirt aus der Alzeher Gegend erscheint jeden Montag morgen in der Fabrik mit einer großen Paket Butter, Speck und Eier. Der Besizer quittiert für die Liebesgaben in der Weise, daß er den Spender sofort wieder entläßt und ihn für den Rest der Woche beurlaubt. Auch aus anderen großen Rüstungsbetrieben wird über ähnliche Reklamationen berichtet. Die maßgebenden Zivil- und Militärbehörden sollten sich öfters bei den Arbeiterschiedsrichtern und Vertrauensleuten der Arbeiter über solche Dinge erkundigen.

Diese Mitteilung stand schon am 22. Juni im Vorkaust und ist von etlichen Blättern nachgedruckt worden. Eine Berichtigung haben wir bis jetzt noch nicht gefunden. Uebrigens erzählt man sich solche Vorkommnisse auch in anderen Gegenden des Deutschen Reiches.

Die „freiwillige“ Kleiderabgabe.

Neben der Ernährungsfrage beschäftigt die Kleiderfrage nach wie vor die öffentliche Meinung. Vieles, was über die sogenannte freiwillige Kleiderabgabe geschrieben worden ist, beruht freilich auf falscher Einschätzung der Verhältnisse oder es ist von besonderen persönlichen Wünschen beeinflusst. Aber auf der anderen Seite muß doch auch zugegeben werden, daß die Anordnungen der Reichsbekleibungsstelle gar nicht zum Erfolg führen konnten. Ganz offenbar ist der Herr Reichskommissar für die bürgerliche Kleidung oder diejenigen Stellen, die seine Vorschläge geändert haben, von der falschen Voraussetzung ausgegangen, daß bei der Mehrzahl der männlichen Bevölkerung noch ein Ueberfluß an strapazierfähigen Anzügen vorhanden sei. Daß aber unter der Herrschaft des Bezugscheines und infolge der hohen Preise der Mittelstand längst nicht mehr in der Lage war, neue Anschaffungen an Kleidern zu machen, scheint der Reichsbekleibungsstelle unbekannt geblieben zu sein. Das Ergebnis der jehigen Sammlung dürfte jeden eines besseren belehren, und man wird wohl über übel sich dazu bequemen müssen, diejenigen Kreise, an deren Kleiderabgabe man jetzt mit übergroßem Zartgefühl vorübergeht, weit stärker zur Ablieferung zu zwingen. Die Ungerechtigkeit, auf die der Kriegsausschuss für Kontinentarinteressen schon bei den Vorberatungen aufmerksam gemacht hat, die in der gleichmäßigen Behandlung von Wohlhabenden und Reichern und Minderbemittelten liegt, hat ja gerade die große Erbitterung erzeugt, die überall gegenüber der Reichsbekleibungsstelle laut wird. „Die Abgabe eines Anzuges befreit bei dieser Sammlung von allen weiteren Ablieferungen und sogar von der Bestandsaufnahme.“ Das heißt, man nimmt von demjenigen, der 25 Anzüge hat, ebenfugot einen = 4 v. H., wie man dem Besizer von 3 Anzügen einen = 33% v. H. abfordert, so daß wir bei dieser Kleiderabgabe eine schon nach unten ansteigende Belastung haben. Man nimmt wenig von dem, der viel hat, und sehr viel von dem, der wenig hat.

Die zu erwartenden schärferen Maßnahmen müssen ganz unbedingt den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen weit besser Rechnung tragen. Innerhalb einer gewissen Einkommensgrenze wäre überhaupt keine Ablieferung zu fordern. Auf die Bestandsliste dürften Anzüge, die nicht mehr strapazierfähig sind, die aber dem Eigentümer noch nützliche Dienste leisten, überhaupt nicht angedreht werden. Schließlich muß bei der Entgegnung sowohl auf die Kleiderabgabe als auf die besonderen Berufsverhältnisse Rücksicht genommen werden.

Eine Erweiterung der Sparversicherung bei der Volksfürsorge.

Ist durch das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung genehmigt worden. Die Volksfürsorge betreibt bis jetzt nur Volksversicherung (keine Lebensversicherung). Bis vor kurzem waren bei ihren Kapitalversicherungen nur Versicherungen bis zur Höchstversicherungssumme von 1500 M. zugelassen. Infolge dieser Beschränkungen konnten bei der Sparversicherung jährlich nur bis zu 60 M. als Sparprämie eingezahlt werden. Nachdem das Aufsichtsamt am 20. April d. J. für familiäre Tarife die nachgeforderte Erhöhung der Versicherungssumme auf 2000 M. zugestimmt hat, ist jetzt auch der weitere Antrag des Vorstandes der Volksfürsorge, die jährliche Spareinlage bei Sparversicherungen von 60 M. auf 100 M. zu erhöhen, ohne Anstand genehmigt worden.

Vom Ausland

Schweiz.

Streik in Winterthur. Die Arbeiter der drei großen Maschinenfabriken in Winterthur, Gebrüder Sulzer, Kolomoitfabrik und Aktiengesellschaft Rieter, beschlossen am 27. Juni, am folgenden Tage in den Streik zu treten, nachdem sich die Verhandlungen über Erhöhung des Stundenlohnes und Verkürzung der Arbeitszeit verfruchtlos haben und ein Vermittlungsversuch des staatlichen Einigungsamtes erfolglos blieb. Es sollen 18 000 bis 20 000 Arbeiter beteiligt sein.

Vorbands-Anzeigen

Nitgliederveranstaltungen.
Geftorben.
Wagzburg. Max Bopp, Schmidt, 35 Jahre, Lungentuberkulose.
Magdeburg. Willy Lehmann, 39 Jahre, Lungentuberkulose.
 — Emil Gerlach, Remmumer, 66 J., Herzklammerung.
 — Paul Hornung, Arbeiter, 37 J., Speiseröhrenverengung.
 — Wilhelm Schwaneberg, Maschinenarbeiter, 28 Jahre, Lungentuberkulose.
 — Gustav Jierdt, Dreher, 81 Jahre, Lungentuberkulose.
 — Otto Meyer, Schraubendreher, 46 Jahre, Lungentuberkulose.
 — Gustav Hellwig, Schlosser, 31 J., Herzmuskeleinwirkung (1254).
Weg. Joseph Schmidt, Monteur, 49 Jahre, Magenkrebtheit.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.
Geesthede. Unser Bureau befindet sich vom 1. Juli an Geesthede 3, Cecilienstraße 5, 1.